

> Berlin aktuell

Informationen zur Arbeit von Ingbert Liebing

Redaktion: Sophie Brachvogel

Für die Mitglieder und Freunde der CDU in Nordfriesland und Dithmarschen Nord

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

die neue Wahlperiode hat begonnen, die Koalition aus CDU/CSU und FDP hat ihre Arbeit aufgenommen und auch für meine Bereiche im Bundestag gibt es neue Aufgaben: den Umwelt- und Tourismusausschuss betreue ich weiterhin als Vollmitglied, den Innen- und Europaausschuss als Stellvertretendes Mitglied. In der AG Tourismus der CDU/CSU Fraktion unterstütze ich unsere Vorsitzende Marlene Mortler als Stellvertretender AG-Vorsitzender, ebenso in der AG Kommunalpolitik möchte ich mich nun als Stellvertretender Vorsitzender noch stärker für die Interessen unserer Kommunen in Berlin einsetzen. Und last but not least konnte ich die Funktion des Vorsitzenden des Arbeitskreises Küste unserer Bundestagsfraktion von Wolfgang Börsen übernehmen. Es heißt also auch in dieser Wahlperiode, zupacken und mit neuer Energie für unsere Themen zu argumentieren, zu handeln und zu streiten!

Der Start der neuen Koalition in Berlin war sicherlich sehr holprig. Die FDP hat noch Probleme, in der Realität der Regierung anzukommen. Aber es wird auch deutlich, dass es innerhalb der Union ebenfalls noch genügend Konfliktpotenzial gibt, für das wir vernünftige Lösungen brauchen.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz bedeutet zwar Steuermindereinnahmen, aber soll vor allem Dynamik in der Wirtschaft auslösen. Nur mit zusätzlichem Wachstum werden wir unsere Haushaltsprobleme auf allen politischen Ebenen, bei den Kommunen, bei den Ländern und beim Bund, lösen können. Dazu leistet das Wachstumsbeschleunigungsgesetz einen wesentlichen Beitrag, insbesondere durch die Entlastung für Familien. Der abgesenkte Mehrwertsteuersatz für das Beherbergungswesen schafft hier Luft für Modernisierungsinvestitionen, die wiederum zusätzliches Wachstum schaffen. Gera-

de das tourismusstarke Land Schleswig-Holstein kann davon profitieren.

Dennoch müssen wir davon ausgehen, dass die weltweite Krise auch bei uns überall spürbar wird: aus der globalen Finanzmarktkrise droht, eine lokale Finanzkrise in jeder Stadt und jeder Gemeinde zu werden. Ein Ausweg kann nur mit Wirtschaftsaufschwung und Wachstum erreicht werden.

Auch wenn die Probleme groß sind: ich bin dankbar, an ihrer Lösung mitarbeiten zu dürfen. Dafür haben auch Sie mit Ihrer Unterstützung im Bundestagswahlkampf gesorgt. Für Ihre Unterstützung möchte ich Ihnen ganz besonders danken. Nur so war das besonders gute Wahlkreisergebnis möglich.

Für die Advents- und Weihnachtszeit wünsche ich Ihnen besinnliche Stunden im Kreise Ihrer Familien und für das kommende Jahr 2010 Glück, Gesundheit und Zufriedenheit!

Ihr



Ingbert Liebing, MdB



Zusammen mit den tourismuspolitischen Sprechern aller Fraktionen diskutierte Ingbert Liebing über künftige Themen in der Tourismuspolitik auf dem Forum des Bundesverbandes für Deutsche Tourismuswirtschaft (BTW) beim 13. Tourismuspipfel im Berliner Adlon. Kernbotschaft dabei lautete: Ein Neuanfang ist nicht nötig, dafür aber deutliche Kursänderungen für bessere Mobilität und Abbau von Bürokratie sowie bei der Ausbildung, Ferienregelung und Abschaffung von Wettbewerbsbeschränkungen.

Meine Facharbeit für Umwelt und Tourismus im Bundestag

Umwelt: Neues zu CCS

Das Thema CCS hat die Bundes- und Landtagswahlen bestimmt. Inzwischen wurde deutlich, dass Ministerpräsident Carstensen seine Wahl-Zusagen einhält: Die neue Koalition aus CDU und FDP in Kiel bleibt bei ihrem Nein zu einem CO₂-Endlager in Schleswig-Holstein. Entscheidend ist jedoch die Haltung der Bundesregierung. Der Koalitionsvertrag zeigt, dass ihr gegenüber noch viel Überzeugungsarbeit zu Gunsten schleswig-holsteinischer Interessen geleistet werden muss. Zunächst gilt es zu verhindern, dass der vor der Sommerpause zurückgezogene CCS-Gesetzentwurf wieder in gleicher Form auf den Tisch kommt. Hier baut Liebing auf die Unterstützung des neuen CDU-Umweltministers Norbert Röttgen, den er bereits in einem ersten Gespräch über die ablehnende Haltung Schleswig-Holsteins informiert hat. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Verhinderung eines CO₂-Endlagers in Schleswig-Holstein und ein großer Erfolg für die Menschen im Norden ist die Entscheidung der RWE AG, die Pläne für ein CCS-Kraftwerk am Standort Hürth zunächst zu stoppen. Wird in Hürth kein CO₂ abgeschlossen, dann sind die Pläne zur CO₂-Endlagerung in Nordfriesland hinfällig und RWE muss ihre Anträge auf seismische Erkundungen zurückziehen. Zu diesem Schritt hat Liebing den Energiekonzern schriftlich aufgefordert.

Schaffung Nationale Küstenwache

Die Koalition bekennt sich zur nationalen Küstenwache. Mit der späteren Zielsetzung des Aufbaus einer nationalen Küstenwache wollen wir zunächst die Kompetenzen der gegenwärtig auf See zuständigen Bundesbehörden zusammenführen. Dies entspricht genau der Position, die die Unionsfraktion in der vergangenen Wahlperiode in die Beratung des Deutschen Bundestages eingebracht hatte, dass zunächst die Vollzugseinheiten des Bundes auf See integriert werden sollen. Darüber hinaus bekennt sich die Koalition zu dem Ziel einer nationalen Küstenwache unter Einbeziehung der Bundesländer, was zurzeit aber am Widerstand der Länder, insbesondere aus Niedersachsen, scheitert. Die Einigung der neuen Koalition bringt uns soweit voran auf dem Weg hin zu einer nationalen Küstenwache, wie dies bisher nie zuvor der Fall gewesen ist. Es ist wichtig, dass dies jetzt mit Konsequenz voran gebracht wird.

Tourismus: Für 7 Prozent Regelung!

Die wichtigsten Aussagen im Koalitionsvertrag
Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich dafür einsetzen, den Tourismusstandort Deutschland zu stärken und zusätzliche Wachstumspotentiale der Tourismuswirtschaft als Jobmotor der Zukunft freizusetzen. Dazu sollen die touristischen Rahmenbedingungen verbessert und die Tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung fortentwickelt werden.

Außerdem ist geplant:

- Wettbewerbsverzerrungen und Bürokratiebelastungen werden so weit wie möglich reduziert. Die Regelungen zur Mehrwertsteuer werden auch mit Blick auf Belastungen für den Tourismus und dessen europäische Wettbewerbssituation strukturell überprüft. Diese Position hat Liebing auch auf dem Forum der Tourismuspolitischen Sprecher beim 13. Tourismusgipfel im Berliner Adlon des Bundesverbandes für Deutsche Tourismuswirtschaft (BTW) vertreten.
- Investitionen in touristische Einrichtungen werden gefördert. Dazu wird das vorhandene Instrumentarium genutzt und gegebenenfalls optimiert. Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe werden durch ein flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz abgebaut. Die Mittel für die Deutsche Zentrale für Tourismus werden auf hohem Niveau stabilisiert sowie der Messe- und Kongressstandort Deutschland gestärkt.
- Wir verankern das Ziel der Barrierefreiheit stärker in allen Bereichen, vernetzen Kultur und Tourismus enger, erstellen eine Tourismuskonzeption für den ländlichen Raum, verbessern die Rahmenbedingungen für Kurorte und Heilbäder und prüfen eine Neuregelung der Kabelweiterleitung (Urheberrecht) zugunsten von Hotels, die derzeit noch extra Kabelgebühren entrichten müssen.
- Die Bund-Länder-Zusammenarbeit wird intensiviert mit dem Ziel, Verbesserungen bei den in der Länderzuständigkeit liegenden Rahmenbedingungen zu erreichen, wie z. B. bei den Gaststättengesetzen, Entlastungen bei den Rundfunkgebühren sowie eine Ausweitung des Gesamtzeitraums der Sommerferien.

Erstmals wird dem Tourismus ein eigenes Kapitel in einem Koalitionsvertrag gewidmet. Insgesamt wird dieser Vertrag in der Tourismusbranche sehr positiv bewertet.

Informationen für den Wahlkreis

Neues zu Minderheiten – Kreditvergabe erleichtern – Kommunales

Beachtlicher Wahlerfolg der Schleswigschen Partei und der deutschen Minderheit in Dänemark

Über das sehr gute Abschneiden der Schleswigschen Partei (SP) und den damit verbundenen Erfolg für die deutsche Minderheit in Nordschleswig freut sich Ingbert Liebing. Die Partei hat im Vergleich zur letzten Kommunalwahl fast 1.000 Stimmen mehr erhalten. Glückwünsche gehen an die Mandatsträger in Tondern, in Hadersleben, wo Uwe Jessen sein Ergänzungsmandat diesmal in ein vollstimmberechtigtes Mandat umwandeln konnte und an die Westküste, wo die SP an Stimmen zugelegt hat. Damit zeigt die deutsche Minderheit, dass sie eine erfolgreiche Politik betreibt und die Interessen der Menschen kennt.

Liebing für Minderheitenpolitik engagiert

Für die CDU/CSU-Fraktion kümmert sich Liebing weiter um die Friesen, Dänen und Nordschleswiger und setzt damit die schon in der letzten Wahlperiode begonnene Arbeit fort. Erst kürzlich nahm Ingbert Liebing am Deutschen Tag der Minderheiten in Tingleff teil. Bei einem Informationsgespräch in der Deutschen Nachschule Tingleff und anschließender Festveranstaltung erfuhr er den neuesten Stand in Sachen der deutschen Nordschleswiger. Als neues Mitglied im Vorstand des **ECMI (European Center for Minority Issues)**, welches Minderheiten in ganz Europa unterstützt und auch mit neuesten Forschungen zum Thema von sich reden macht, ist für Ingbert Liebing eine neue Aufgabe auf dem Gebiet der Minderheiten hinzugekommen.

Thema Minderheitenkommissar: In einem Schreiben an die Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützt Liebing die Schaffung des Postens eines EU-Minderheitenkommissars. Es ist dringend angebracht, dass die Europäische Union in Fragen der autochthonen Minderheiten Farbe bekennt. Mit dem Lissabon-Vertrag und der neuen Zusammensetzung der EU-Kommission bieten sich dort Möglichkeiten - die gilt es zu nutzen.

KfW Mittelvergabe an Unternehmen

Immer wieder kommt es zu Problemen bei der Kreditvergabe durch Banken. Daher beabsichtigt die neue Bundesregierung, auch mit Hilfe des zuständigen Bundeswirtschaftsministeriums und der damit betrauten Fachabteilung für Mittelstandsfinanzierung, für eine Verbesserung der konjunkturellen Sonderprogramme zu sorgen. Entsprechende Zielsetzungen sind in der Koalition vereinbart worden. Die Kreditvergabepraxis der Banken bleibt ein Ärgernis, gerade nachdem für den Finanzsektor alle möglichen Hilfestellungen gegeben wurden.

Von dem Programmvolumen des KfW-Sonderprogramms von über 40 Milliarden Euro sind erst gut 7 % bewilligt worden. Dies zeigt, dass das Programm noch immer keine durchgreifende Akzeptanz bei Kreditinstituten und Unternehmen gefunden hat und es einen gewaltigen Handlungsbedarf gibt.

Bei den Globaldarlehen soll das Thema Haftungsfreistellung für die Banken auf die Tagesordnung gesetzt werden, auch die Frage nach der Sicherheit für die Kredite, die derzeit in der Zuständigkeit der Hausbank liegt, wird als eine Hürde erkannt. Auch hier soll eine Überprüfung vorgenommen werden. Es gibt im Bundeswirtschaftsministerium eine Informationshotline zu Finanzthemen unter der Nummer: 0228-99615-4734.

Auch auf Länderebene wird das Thema diskutiert: unser Wirtschaftsministerium in Kiel kümmert sich auch um schwierige Fälle, die das KfW Sonderprogramm betreffen. Auch wir in Schleswig-Holstein haben zwei Anlaufstellen, die sich um derartige Problemfälle bezüglich des KfW-Sonderprogramms kümmern. Zum einen ist es das Mittelstandsbüro im Kieler Wirtschaftsministerium, Tel: 0431-988-4596, zum anderen Herr Rolf Kraemer, zuständig für das KfW-Sonderprogramm und Unternehmensfinanzierung im Wirtschaftsministerium Kiel, erreichbar folgendermaßen:

Rolf Kraemer
Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
Tel.: 0431 988-4583 Fax: 0431 988 617 4583
E-Mail: rolf.kraemer@wimi.landsh.de.

Neues zu Optionskommunen, SGB II und Arbeitsgemeinschaften

Für den Optionskreis Nordfriesland gibt es grünes Licht: die Koalition hat sich darauf verständigt, dass die 69 Optionskreise, die die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen ohne Bundesagentur für Arbeit alleine wahrnehmen, dies auf Dauer tun können. Die Befristung auf Ende 2010 wird aufgehoben. Für die Arbeitsagenturen hat sich die Koalition grundsätzlich auf die getrennte Aufgabenwahrnehmung verständigt. Allerdings soll durch freiwillige Kooperationen versucht werden, so viel wie möglich Doppelarbeiten zu vermeiden. Dies widerspricht allerdings der bisherigen Zielsetzung der Union, Hilfen aus einer Hand zu gewährleisten. Hier bleibt noch deutlicher Diskussionsbedarf.

Darüber hinaus bleibt es das Ziel, auch den Kreisen, die es wollen, die eigenständige Aufgabenwahrnehmung als Optionskreis zu ermöglichen. Hier sind noch schwierige verfassungsrechtliche Probleme abzuarbeiten.

Kommunalrelevante Vorhaben der Koalition in Berlin

Eine kommunalfreundliche Handschrift zieht sich durch den Koalitionsvertrag:

Bekanntnis zur kommunalen Selbstverwaltung und ihrer notwendigen Stärkung, Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit von Städten und Gemeinden, Entlastungen von bürokratischen Auflagen sowie Erleichterung bei Planungsabläufen sind einige der vereinbarten Handlungsfelder.

Wichtig: Eine Kommission „Gemeindefinanzreform“ wird konkrete Vorschläge erarbeiten. Die Gewerbesteuer steht solange nicht zur Disposition, wie es keine besseren Vorschläge gibt.

Die Koalition will ihre Pläne in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen umsetzen. Dies gilt unter anderem auch für folgende Bereiche:

- Städtebauförderung
- Arbeitsmarkt bzw. Aufgabenwahrnehmung für die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen

- Integrationspolitik vorantreiben
- Naturschutz und Flächenverwaltung bzw. Gestaltung
- Kinderbetreuung und Jugendschutz ausbauen und verbessern
- Vergaberecht soll vereinfacht werden, transparentere und unbürokratische Verfahren werden angestrebt
- Wettbewerbsgleichheit zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen, ohne dass dies zu Steuer- oder Abgabenerhöhungen führt.



Die erste Besuchergruppe nach der Bundestagswahl aus dem Wahlkreis Nordfriesland und Dithmarschen Nord begrüßte Ingbert Liebing im November dieses Jahres in der Kuppel des Reichstagsgebäudes in Berlin: „Schön, dass ich Ihnen einmal vor Ort die Berliner Politik erklären kann“, freut sich Liebing. Auch der 50köpfigen Gruppe hat die 3-tägige Reise überaus gut gefallen: „Wir kommen gern einmal wieder.“

Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 227 – 71 173

☎ (030) 227 – 76 142

✉ ingbert.liebing@bundestag.de

Ansprechpartner:

Sophie Brachvogel, Silke Stallkamp, Regine Sternebeck

Wahlkreisbüro Nordfriesland

Johanna Papke, Katrin Jensen, Hannes Fuhrig

Heckenweg 1

25813 Husum

☎ (04841) 90553-15

☎ (04841) 90553-29

✉ ingbert.liebing@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord

Anne Ohlsen

Hamburger Str. 7

25746 Heide

☎ (0481) 34 06

☎ (0481) 53 82

✉ service@cdu-dithmarschen.de

